

Eine rechte Vorkämpferin

Die Genfer SVP-Frau verhilft im Bundeshaus dem Kampf gegen sexuelle Belästigung zum Durchbruch.

von Henry Habegger

Die Szene am Dienstag vor einer Woche wird als herzerreissend geschildert. SVP-Präsident Albert Rösti begleitete die schluchzende Céline Amaudruz zum Fahrstuhl. Ein Parlamentarier einer anderen Partei bekam die Szene zufällig mit. Aber Rösti bat ihn, Stillschweigen zu bewahren.

Der Mann hielt dicht, aber aus der SVP gelangte jemand an den «Sonntags-Blick». Dort stand dann zu lesen: «Der Berner Nationalrat Adrian Amstutz (64) attackiert seine Genfer Kollegin Céline Amaudruz (38) – sie hätte sich nicht öffentlich über Angelegenheiten des Walliser CVP-Nationalrats äussern dürfen, das schade der SVP, so der frühere Fraktionschef scharf.»

Es konnte ja nicht ewig gut gehen. Céline Amaudruz, Bankerin, Vermögensverwalterin, eine gut aussehende junge Frau, die sich oft selbstbewusst und keck anzieht. Gleichzeitig gilt sie als distanziert, selbst Fraktionskollegen wissen fast nichts über sie. Sie erinnern sich aber, dass sie sich in Illustrierten in Reitkleidung abbilden liess. Und wissen, dass sie aus reichem Haus kommt. Aus einer Familie aus Genf jedenfalls, der Weltstadt am welschen Ende der Schweiz, die mancher Volksvertreter diesseits des Röstigrabens nicht versteht. Gerade in der alemanisch dominierten SVP nicht, der Partei mit dem vergleichsweise hemdsärmeligen Umgang, wo saloppe und anzügliche Sprüche über Frauen noch zum Gewohnheitsrecht gehören, zumal nach einigen Gläsern Wein.

Oder gehörten, denn dann kam die Affäre Buttet. Und mit ihr Céline Amaudruz, die wohl auf SVP-Parteilinie politisiert, aber auch immer wieder Vorstösse gegen häusliche Gewalt, gegen Gewalt in der Ehe einreichte. Sie sagte zu Westschweizer Journalisten, ein Parlamentarier habe sie kürzlich durch eine «unangemessene Geste» bedrängt. Mit gewissen Leuten gehe sie nicht mehr alleine in den Lift.

Amaudruz und Amstutz

Damit trat sie eine Lawine los, einige männliche Parlamentarier sahen sich

unter Generalversacht gestellt. Adrian Amstutz prangerte derartiges Verhalten in der SVP-Fraktionssitzung von letzter Woche an. Zwar nannte er Amaudruz nicht beim Namen, aber Amaudruz fühlte sich angegriffen.

Hinzu kam, dass Amaudruz seit ihren Aussagen nicht nur von SVP-Vertretern vorgehalten wurde, gerade sie hätte besser geschwiegen: Weil sie noch letztes Jahr Schlagzeilen machte, weil sie betrunken Auto gefahren war. Zwar hatte das eine nichts mit dem anderen zu tun, aber das spielte keine Rolle. Man stellte die Unbequeme nur zu gerne in diese Ecke.

Zwar sprachen sich Amaudruz und Amstutz in der Zwischenzeit aus, offiziell ist der Vorfall erledigt. Aber er hinterlässt Spuren. Er sorgt sich um Amaudruz, dass sie womöglich den Bettel hinwerfe, sagt ein SVP-Mann. Aber die Genferin ist wichtig in der SVP, als Scharnier zur Westschweiz. «Wir haben in der Westschweiz keine zweite wie sie», sagt ein SVP-Exponent.

«Sie war ehrlich und mutig»

Einige Herren sind betupft über die Aussagen der Genferin, aber bei den allermeisten Frauen im Parlament hat sie gewaltig an Goodwill und Respekt gewonnen. Weil sie ehrlich war, weil sie wagte zu sagen, was war. Auch viele männliche Kollegen zollen ihr mittlerweile Respekt. So sagt der Genfer SP-Nationalrat Carlo Sommaruga, der politisch so ziemlich am anderen Ende des Spektrums steht: «Céline Amaudruz ist zerbrechlich, sie leidet sicher unter der Situation, die Reaktionen von Ratskollegen sind ihr sehr nahegegangen. Egal, wie man zu ihr steht, ich finde die Vorwürfe an sie unerträglich. Sie hatte das Recht zu sagen, dass sie im Bundeshaus Opfer von Übergriffen wurde. Das war auch mutig von ihr.»

In Genf ist Amaudruz eine bekannte Grösse. Im Bundeshaus wurde sie von vielen bisher nicht ernst genommen. Das wird sich nun ändern. Es gibt gerade auch dank ihr einen Ratgeber gegen sexuelle Belästigung im Parlament (siehe unten). Ausgerechnet die rechte Bankerin ist zur Vorkämpferin für Frauenrechte und Respekt gegenüber Frauen geworden. Amaudruz ist in Bern angekommen.



Respekt: Céline Amaudruz kämpft für Frauen.

Bild Alessandro Della Valle/Keystone

Bundesgericht lässt Glocken weiter läuten

Die Kirchenglocken von Wädenswil schlagen weiterhin auch nachts im Viertelstundentakt.

Die Glocken der evangelisch-reformierten Kirche Wädenswil werden weiterhin auch nachts alle 15 Minuten zu hören sein. Damit haben sich Stadt und Kirchgemeinde vor dem Bundesgericht durchgesetzt. Die Bundesrichter kamen gestern bei einer öffentlichen Beratung zum Schluss, dass es keinen Anlass gibt, von der bisherigen Rechtsprechung abzuweichen.

Sie mussten abwägen, ob das Interesse an der Weiterführung des traditionellen Kirchengeläuts grösser ist als das Ruhebedürfnis der Bevölkerung. Weil durch die Einstellung des Viertelstundenschlages gemäss Berechnungen nur eine halbe von zwei Aufwachreaktionen weggefallen wäre, geht das Gericht von einer geringen Verbesserung für die Betroffenen aus.

Frühere Rechtsprechung

In einem 2010 entschiedenen Fall der zürcherischen Gemeinde Gossau hatte das Bundesgericht festgehalten, dass die dortigen Kirchenglocken nachts jede Viertel Stunde erklingen dürfen. Das Zürcher Verwaltungsgericht wollte diese Rechtsprechung aufgrund einer ETH-Studie reformieren. Diese hält fest, dass es bereits bei Kirchenglockenimmissionen ab 40 bis 45 Dezibel zu Aufwachreaktionen kommen könne.

Im aktuellen Fall störte sich ein im Zentrum von Wädenswil wohnendes Ehepaar an den nächtlichen Viertelstundenschlägen. Messungen ergaben, dass die Lautstärke des Geläuts am Kopfende ihres Bettes rund 43 Dezibel bei gekipptem Fenster und nicht ganz 55 Dezibel bei offenem Fenster beträgt. Das Paar hatte deshalb gewünscht, dass zwischen 22 und 7 Uhr der Viertelstundenschlag der Glocken abgestellt wird.

Gemäss Urteil des Zürcher Verwaltungsgerichts vom Mai 2016 sollte dies geschehen. Die Lärmstudie, auf die sich das Verwaltungsgericht bei seinem Entscheid stützte, erachtet das Bundesgericht jedoch als zu wenig aussagekräftig und fundiert. Der Wädenswiler Stadtrat hat das Urteil des Bundesgerichts mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, wie aus einer Stellungnahme von gestern hervor geht. (sda)

Flirten leichtgemacht

Nach der Stalking-Affäre um CVP-Nationalrat Yannick Buttet werden die Präsidien von National- und Ständerat aktiv: Mit einem Merkblatt, das die Grenzen des Flirtens aufzeigen soll, wollen sie die Parlamentarier sensibilisieren. Die Tipps sorgen allerdings für Spott und Ärger.

von Dennis Bühler

Im Bundeshaus gab es gestern nur ein Thema: das Merkblatt zum Thema sexuelle Belästigung, das die Verwaltungsdelegation am frühen Morgen an alle Parlamentarier hatte verteilen lassen. Normalerweise ist das Gremium, dem der Präsident des Nationalrats und die Präsidentin des Ständerats sowie die insgesamt vier Vizepräsidenten angehören, dazu da, die Geschäftsführung und das Finanzgebaren der Parlamentsdienste zu überwachen. Nach der Stalking-Affäre um den Walliser CVP-Nationalrat Yannick Buttet aber nahm es sich für einmal ein weniger trockenes Thema vor: Als sexuelle Belästigung gelte jedes Verhalten mit sexuellem Bezug oder aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit, das von einer Seite unerwünscht ist

und eine Person in ihrer Würde verletzt, teilte die Verwaltungsdelegation den 73 Parlamentarierinnen und 173 Parlamentariern mit. Entscheidend sei nicht die Wahrnehmung des Täters, sondern diejenige des Opfers.

Damit sie in Zukunft sexuelle Belästigung von harmlosen Flirts unterscheiden können, erhielten die Politiker eine Checkliste. Ein Flirt sei «eine gegenseitige Entwicklung, aufbauend und von beiden Seiten erwünscht». Zudem «stärkt er das Selbstwertgefühl, löst Freude aus und respektiert die persönlichen Grenzen». Bei Belästigung sei genau das Gegenteil der Fall.

«Devote Huschelis»

Der Ratgeber kam nicht überall gut an. «Dieses Papier ist Realsatire, darüber lacht doch die ganze Welt», sagt der

Zürcher SVP-Nationalrat Roger Köppel. Im Bundeshaus gebe es weder echten Sexismus noch sexuellen Missbrauch. «Weil sie nach medialer Aufmerksamkeit gieren, inszenieren sich dennoch einige Kolleginnen als Opfer», kritisiert Köppel. «Mit diesem Affentheater verhöhnern sie die wirklichen Opfer sexueller Übergriffe.» Als kontraproduktiv bezeichnet die Zürcher Nationalrätin Barbara Steinemann (SVP) das Merkblatt: «So macht der Staatsapparat selbst im Bundeshaus aus selbstbewussten Frauen devote, hilfsbedürftige Huschelis», twitterte sie.

Bei der Ratslinken kommt der Ratgeber besser an. «Dass sich nun einige lustig machen, ist nicht schlimm», sagt die Baselpolier Grünen-Nationalrätin Maya Graf, die auch Co-Präsidentin der Frauentachverbands Alliance F ist. «Denn



«Von aussen betrachtet, könnte man meinen, im Parlament sässen unzählige Grüsels.»

Chantal Galladé
Zürcher SP-Nationalrat

auch wenn sie spotten, setzen sie sich mit dem Thema auseinander.» Wichtiger als der Ratgeber sei, dass sich Parlamentarier in Zukunft bei Bedarf an die Fachstelle Mobbing und Belästigung wenden könnten. Hierfür wurden gestern 3600 Franken gesprochen. Es wird evaluiert, ob sich diese Ausgabe lohnt.

Eine prominente Kritikerin gibt es allerdings auch im linken Lager: «Mit diesem Papier geben wir uns der Lächerlichkeit preis», sagt die Zürcher SP-Nationalrätin Chantal Galladé. «Von aussen betrachtet, könnte man meinen, im Parlament sässen unzählige Grüsels. Das aber habe ich in meinen 14 Jahren in Bern völlig anders erlebt.» Der Ratgeber sei geschrieben, als richte er sich an Teenager, kritisiert Galladé. «Er zeugt von der Hysterie, die in den vergangenen Wochen ausgebrochen ist.»